

Dresdner Nachrichten

Druck und Eigentum der Herausgeber: Liepisch & Reichardt in Dresden. Verantw. Redakteur: Friedr. Goedtsche in Dresden.

Selbstreise machen. Einzelne
Städte 13 angekommen.
Das Kabinett, das Kriegsminister
und Minister 12 Uhr. Za-
uerkunft: große Sicher-
heit 5000 Stufen. 4 Uhr.
— Der Raum einer ver-
schwundenen Dienststelle Totheit
10 Uhr. Abgesiedelt bis
Berlin 30 Uhr.
Eine Quarantäne für alle
nach Südtiroler Gefangen-
nen der Schweiz wird
nicht gegeben.

auswirkende Gewissheit
Mehrde von und unter
kommen Hirschen und Wild-
tieren befinden sich auf
dem Gebiet zwischen der
Beglückung und Brüder-
lichkeit oder Gleichheit,
wie es unten folgt.
15 Uhr. Unterricht über
die Blüten- und Blattwurzeln
aber noch etwas Zeit
die Weltzeit 20 Uhr.

Mr. 152. Einundzwanzigster Jahrgang.

Mitredakteur: Dr. Emil Bierey.
Erster Redakteur: Ludwig Hartmann.

Dresden, Mittwoch, 31. Mai 1876.

Solutijds.

Ein wichtiges Ereignis hat sich in der Türkei vollzogen: infolge einer Volksbewegung ist der Sultan gestürzt worden. (S. Börsenbilag.) Der „Schatten Gottes auf Erden“ hatte sich durch Habguth, unsinnige Serailwirtschaft und totale Regierungsunfähigkeit so verächtlich gemacht, daß er einer einmütigen Bewegung des Volkswillens weichen mußte. Ein solches Ereignis ist in der türkischen Geschichte noch nicht dagewesen. Infolge von Palastrevolutionen und Janitscharenauständen büßten frühere Sultane Herrschaft und Leben ein — niemals durch eine aus dem Volle kommende und dazu friedliche Bewegung. Die Muhamedaner verlangen eine Repräsentativverfassung gleich denen im Abendlande, Beschränkung der Macht des Sultans, Toleranz und bürgerliche Gleichstellung der Christen mit ihnen. Vielleicht ist der neue Sultan Murad Essendi das Organ, diese Forderungen einzuführen und der orientalischen Frage eine friedliche Entwicklung hierdurch zu sichern. Dem Telegraphen wird es obliegen, die Welt von den nächsten Ereignissen zu unterrichten. Für heute beschränken wir uns auf diese kurze Notiz und lassen nunmehr eine äußerst interessante Mittheilung aus dem sächsischen Landtage über die sächsische Finanzlage resp. Besteuerung folgen.

Aus einer vom K. Finanzministerium der 2. Kammer zugesandten Zusammenstellung über die Gebährung der sächsischen Finanzverwaltung in den Finanzperioden von 1846 bis mit 1875, einem Zeitraum, der ein ganzes Menschenalter umfaßt, und in welchen die für einen Staat, wie Sachsen, sehr beträchtlichen, durch Kriege veranlaßten außerordentlichen Ausgaben fallen, geht hervor, daß bei einer Verwendung von 120,829,217 Thlr. zur Errichtung von Eisenbahnen und Ausrüstung derselben überhaupt nur 113,418,442 Thlr. durch Anleihen und Schatzscheine ausgebracht, und daß auf die Anleihen in dem fraglichen Zeitraume von den Steuern und sonstigen Einnahmen der laufenden Verwaltung 20,255,950 Thlr. zurückgezahlt worden sind, wonach seit dem Jahre 1846 bis zum Beginne des Jahres 1876 sich eine Vermehrung der Staatschulden nur im Betrage von 93,162,492 Thlrn. ergibt, dem eine neu zum Staatsvermögen hinzutretende werbende Capitalanlage nur in Eisenbahnen von 120,829,217 Thlrn. gegenübersteht, welche allein den Bestand der gesamten Staatschulden zu Ende des Jahres 1875 im Betrage von 106,608,200 Thlrn. wesentlich übersteigt. Zur Zeit kann also, bemerkt die Finanzdeputation durch Dr. Windfuhr dazu, von einer Befürchtung, daß die sächsische Finanzverwaltung Gefahr laufen möchte, den Staat ohne Noth mit Schulden zu belasten, welche in der Zukunft nothwendig zu einer Erhöhung der Steuern führen müßten, in alle Weise nicht die Rede sein. Rechnet man nun noch zu der obigen werbenden Capitalanlage in Eisenbahnen die in gedachter Periode zu anderen werbenden Capitalanlagen und zur Beseitigung fortlaufender pecuniarer Lasten des Staates verausgabten Summen von gegen $3\frac{3}{4}$ Millionen Thlrn., so ergibt sich für das werbende Staatsvermögen aus einer 30jährigen Finanzperiode ein aus den Steuern und sonstigen Einnahmen der laufenden Verwaltung ersparter Überschuß von 31,493,352 Thlrn. Richtet man weiter in Betracht, daß hierüber noch 5,458,404 Thlr. zur Vermehrung und Sicherstellung des Nationalwohlstandes, 24,189,695 Thlr. zur Tilgung der durch Kriege und andere außerordentliche Ereignisse und Umstände verursachte Ausgaben, 908,500 Thlr. für Zwecke der Kunst und Wissenschaft außergewöhnlich verwendete Mittel, 9,254,215 Thlr. andere außergewöhnliche Ausgaben, sowie endlich 5,730,543 Thlr., welche für Bauten, Anlagen und Einrichtungen zu besserer und leichterer Erfüllung der Zwecke der Staatsverwaltung gemacht worden sind, in dem fraglichen Zeitraume aus den Steuern und sonstigen Einnahmen der laufenden Verwaltung gebedt worden sind, so könnte man im Gegensaye zu der von der 1. Kammer aufgestellten Behauptung die Frage aufwerfen, ob nicht von der sächsischen Finanzverwaltung der lebenden Generation zu Gunsten der kommenden Generationen zu große Opfer angefordert worden seien. Es würde diese Frage unbedingt zu bejahen und der Finanzverwaltung ein Vorwurf daraus zu machen sein, wenn man behaupten könnte, daß die Höhe der Steuern in Sachsen im Verhältniß zu der Steuerkraft, wie sie durch Hebung des Nationalwohlstandes bedingt wird, eine für die Steuerzahler drückende und unverhältnismäßige sei, was man wohl schwierlich wird behaupten wollen. Jedenfalls ist aus der Finanzlage des sächsischen Staates, betont die Finanzdeputation nochmals, welche als eine durchaus günstige bezeichnet werden muß, kein Anlaß zu der Befürchtung abzuleiten, daß bei dem Fortschreiten der Finanzverwaltung auf dem seitherigen Wege eine ungerechtfertigte Belastung des Staates mit Schulden herbeigeführt werden möchte, welche zum Nachteil künftiger Generationen nothwendig zur Steuererhöhung führen müßte.

பொது மற்றும் பிரபுவின் வாழ்வு

— Auch heuer werden J. M. der König und die Königin im Laufe des Sommers eine Reise in's Ausland antreten. Der Zeitpunkt des Antritts hängt von dem Gange resp. Abschluß der Landtagssverhandlungen ab. Als Reisegel dürfte wiederum die Schmeja erfordern werden.

— Der Minister des Königl. Hauses, Dr. v. Falkenstein, ist als Besitzer des Rittergutes Frohburg, zum Vorsitzenden des ritterschaftlichen Kreistag von Leipzig gewählt worden. Sein Vorgänger war der verstorbene Graf Hohenthal.

— Der Stadtrath hat neuerlich dem Herrn Ober-Ingenieur Mand einen Ehrenold von 12,000 Mark zugesichert, wenn der Albert-Brückebau (dritte Elbbrücke) bis 1. October 1877 vollendet wird, ihm auch auf die Dauer des Brückebaus, in Folge seines speciellen Ansuchens um eine besondere Remuneration, eine monatliche Auslösung von 200 Mark bewilligt. Herr Ober-Ingenieur Mand hat sein Gesuch unter Anderem auch durch den Hinweis auf

die Gefahren untersucht, welchen seine Gesundheit bei dem Brüderbau ausgesetzt sei.

— Der Generaldirektor der Staatsbahnen v. Tsch. v. Schly und
Direktionstrath Jenke weilen seit gestern in Leipzig, um die
hauptsächlichsten der Bureau der Leipzig-Dresdner Bahn in Staats-
besitz überzuführen. Welche umfängliche Arbeit die Verstaatlichung
der Leipzig-Dresdner Bahn überhaupt herbeiführt, darüber steht uns
ein sachkundiger Eisenbahnbeamter im Anschluß an unseren gestrichen
Artikel mit, daß nach den strengen Grundsätzen, die über die Ver-
waltung des Materials bei den Staatsbahnen herrschen, eine ganz
ausführliche Inventur stattfinden muß. Alle Vorräthe werden genau
inventarisiert, nachgezählt und gewogen, ehe sie dem betreffenden
neuen Staatsbahn-Beamten zur Verwaltung und Verantwortung
ausgebändigt werden.

— Wie wir hören, werden die im Fall einer Mobilisierung für die verschiedenen Truppenabtheilungen nothwendigen Marstender aus der Landwehr und Reserve gewählt und haben sich dieselben bei ihren betreffenden Landwehrbezirken persönlich vorzustellen.

— Mit heute verlieren die Lupfernen und silbernen Fünfpfenniger, die Ein- und Zwei-Neugroschen, sowie die Zweiu und einhalb-Groschenstücke im allgemeinen Verkehr ihre Gültigkeit. Dieselben werden von morgen an nur noch an den sächsischen Staatssachen umgewechselt und verlieren nach dem 31. August 1876 vollständig ihre Gültigkeit.

— Man hat, wie es den Anschein gewinnt, bei der Einschaltung der Standesämter, deren Thätigkeit und Ausgaben doch unterschlägt. Jetzt schon petitionirt der Vorstand des Standesamtes Dresden II. um Vermehrung des Beamten-Personals und der Stadtrath will in Anerkennung des Bedürfnisses noch einen Expedienten anstellen: es

— Der glückliche Gewinner des Viereruges bei der letzten hiesigen Pferde-Ausstellung ist, wie uns in zwei Zuschriften mitgetheilt wird, nicht ein Schuhmachermeister in Bautzen, sondern der Buchbindermeister Kersten in Glauchau. Derselbe hat in Herren Beteiter Buhlert ~~zu~~ bereits einen Käufer für das Prachtstück gefunden.

— Dass die Straße „Am See“, wie von einer Anzahl Unwohnern beim Rathje erbettet worden war, in „Poststraße“ umgetauft werde, ist dem Stadtrath nicht thunlich erschienen und „Am See“ ohne See bleibt ohne See „Am See.“ Der Stadtrath

— Am lebvergangenen Sonntag hat sich ein auf der Ammonstraße wohnhafter Handarbeiter aus seiner Wohnung entfernt und zwar unter Umständen, welche ziemlich bestimmt daraus schließen lassen, daß er seinem Leben ein Ende zu machen gedenkt. Tieffinn und mifliche Verhältnisse dürften ihn zu diesem Entschluß getrieben haben.

— Landtag. Am Dienstag berieb die 2. Kammer den vom Abg. Walter verfaßten Bericht über eine Nachtragforderung zum Neubau und der Einrichtung des Polytechnikums in Dresden im Betrage von 160,000 Thaler, während 850,000 Thaler dafür schon bewilligt worden waren. Es sind demands bis jetzt für den Bau gefordert 1,010,000 Thlr., während derselbe 1871 auf 500,000 Thlr. veranschlagt worden war. Der Bericht sagt, daß die sehr bedeutende Nachforderung im ganzen Lande viele Unzufriedenheit erzeugt und man allgemein die überaus mangelhaften Voranträgläge verurtheilt habe, welche Seitens des Bau-ausführungs bei Berechnung der Kosten stattgefunden haben müssten, da eine derartige hohe zweite Nachforderung für den sehr kostspieligen Bau nicht habe erwartet werden können. Obgleich bei der Ueberschreitung der ursprünglich verlangten Summen bei Staatsbauten nichts Ungewöhnliches seien, so dürfte doch das Polytechnikum wegen der Höhe der Ueberschreitung einzig dasseinen. Erhielte die erste Nachforderung von 450,000 Thlr. durch die veränderten Verhältnisse gerechtfertigt, wenn schon sie Bedenken erregen mußte, so könnte der neuesten Nachtragforderung nur mangelhafte Berechnung oder willkürliche Ueberschreitung des Voranträglags zu Grunde liegen. Die notwendige einheitliche Leitung des Baues sei nicht in gehöriger Weise geregelt gewesen; der Staat habe anstatt einem Staatbaudirektor, einem Professor der Kunst (Baurath Prof. Heyn) die Überleitung des Baues übertragen, dem es wohl noch nie vergönnt gewesen, ein annähernd ähnliches großes Bauwerk selbstständig zur Ausführung zu bringen, und dessen Ansichten mit denen des kontrollierenden Ober-Landbaumeisters verschlach collidir hätten. Die Schuld an den außerordentlichen Ueberschreitungen treffe aber jededmal den Vetter des Baues. Trotzdem will die Deputation die 160,000 Thlr. bewilligen, weil die Berechtigung nach Lage der Sache nicht zwei Jahre beanstandet werden könne. Nun sind aber dem Baurath Heyn für Auffertigung des Risses und der Zeichnung des Baues bereits 2000 Thlr. gezahlt worden; ferner erhielt er während der vierjährigen Bauzeit jedes Jahr 500 Thlr., sein Gehalt als Professor

ist, möchte nicht, dass zu weitgehende Vorwürfe dahin führen, dass finanziell alle Voranschläge zu hoch gezeichnet würden; das bräute noch größere Nachteile. Es sei in dem Wohlstandsumsturz ein

noch größere Bedeutung. So sei in dem Polytechnikum ein wertvolles Object für das Land geschaffen worden. Alle Männer von Nach sprächen sich einmuthig die Zweckmäßigkeit und Güte des Bauens aus. Man dürfe nicht vergessen, daß Botanischäule, die 1871 gemacht seien, aufgegangen ist zum Theil um 100 Prozent gestiegenen Materialpreise &c. in den Jahren 1873 bis 75 nicht hätten zutreffen können. Wenn ihm der Verflechter der Anklage prophezeit hätte, daß die Baufosken sich in den späteren Jahren so hoch steigern würden, wie es geschehen, so würde er als Wissenschaftler gezeigt haben, mit einer solchen Vorherzung kann ich vor die Kammer nicht treten. Wenn der Oberlandbaumeister den Bau geleitet, würde man wieder gesagt haben, derselbe seitheuer als andere, weil der Leiter ein Staatstechniker gewesen. Die Bläue seien das Resultat 10jähriger Berathungen. Daß Baurath Heyn die Oberleitung erhalten, sei auf Anregung des Finanzministeriums geschehen. Hätte er, der Finanzminister, sich nicht zu einer Lieberkeitszeitung enttäuschen wollen, hätte er den Bau in der Mitte vorigen Jahres sistiren müssen; er übernehme die volle Verantwortung vor jedem Gerichtshofe. Die für den Baurath Heyn beantragte Clemmuration sei eigentlich ein Honosar, was derselbe nach dem Staatsdienst gleich zu beanspruchen habe; dasselbe hörige eigentlich hinter dem

halte der Summe zuviel, welche der Architektenverein für angemessen befunden. Siegent Walter bleibt dabei, daß der Bauleiter die Verantwortung zu tragen habe, wenn schon der Minister sie auf seine Schultern nehme. Räumen künftig zu hohe Betragsabläge, so würden die Stände sie eben nicht geneben. Am Lande sei über den Polytechnicum-Bau nur eine Stimme; an demselben zeigten sich jetzt schon bedeutsame Missstände; die Hebung sei dringender Abhilfe bedürftig. Daß das Bauwerk nicht zu thun sei, mit dieser Meinung stehe der Minister gleichlich allein. Vbg. Staats-Schmidlein erklärt, zugleich die Stände, daß sie mit dem Bericht und den gesuchten Wängeln am Bau nicht einverstanden seien. Sie erachteten sich nicht competent, sich in ihrem Urtheil über den Bau über jenes der Regierung und der Oberbaudirektion zu stellen; sie wollten die Regie nicht an einer ver-

baubehörde zu stellen; sie wollten die Frage nicht zu einer persönlichen aufspalten, dem Ministerium sein Unzutrauenabstentum attestieren. Der Fehler sei, daß die Regierung von vornherein zu zaghaft gesordert. Eine willkürliche Überschreitung habe nicht stattfinden können, weil der Bauleiter durch das Ministerium und die Oberbaubehörde controlirt worden. Die vielgetadelte Parade des Gebäudes habe auf Verlangen des akademischen Senates die jetzige Form erhalten. Es wäre eine unmöglichirende Ungerechtigkeit, wenn man dem Bauteam Heyn die 4000 Thlr. Honorar versagen wollte, da derselbe jährlich nur 1000 Thlr. erhalten sollte, während einige seiner Hofsarbeiter jährlich 13—1400 Thlr. bezogen hätten. Die Kammer sei kein Strafgericht; der Raum habe eine Strafe nicht verdient, durch die man seinen guten Ruf beeinträchtigen würde. Wer demselben, wie Philipp

totale Unfähigkeit vorwerfe, sollte es wenigstens beweisen, Abg. Hahnauer räth dem Minister, den gleichen Bauten im Entrepriſe zu geben, bei den Militärgebäuden habe sich das gut bewährt. Wenn Bourath heut das Honorar ohne jede Bedingung bewilligt worden, möge der Minister in seine eigene Tasche greifen. Der Abg. Starke-Mittweida erinnert die Opposition gegen den Bau und das Honorar an die Stelle in Tell: „Gehrt der See und muß sein Opfer haben“. Alle Fehler der Staatsbautechniker sollte jetzt der „unglückliche Bantath“ tragen. Die Vertrauensseligkeit und die Lobseligkeit der Kammer auf die Siegerleitung hätte den Staatsbautechnikern den Muth zu denartigen Ueberredungen gegeben. Abg. Schreifel: Wenn gelöst werde, die Facade des Hauses sei entsprechend, so sage er: disticile, satyram non scribo. Man möge nur einmal nach Wien oder Wallau gehen und die dortigen Neubauten betrachten, um einen Vergleich mit den sächsischen anstellen zu können. Man lasse die Bauten aber gehen, wie sie gingen, anstatt zu vigiliren; hörte man doch, daß ein anderer Staatsbau (Holztheater) werde sistiert werden müssen. Wenn der Minister gelöst, er wolle sich nicht hinter den Schatten eines Mannes (Geh. Rath Dr. Weinlig) verkücken, dessen Rath und dessen unmittelbare Mitwirkung beim Bauen dem Minister zur Seite gestanden, so behauptete er, daß Weinlig wohl rechtzeitig eingegangen haben würde. Minister v. Rostig giebt zu, daß er auf Weinlig's Rath allerdings nicht Gewicht gelegt haben würde, wenn er die Wahl zwischen diesem und Schrey habe. Für die Vorzüglichkeit des Hauses spreche auch das Urtheil Beunerd, des leipzigen Rektors der Universität. Abg. Wahr will ein Krempl statuieren, sonst werde es nicht angedroht; es müsse der Wahns gebrochen werden, daß die Bautechniker machen könnten, was sie wollten. Abg. Körner und Hartwig strecken für die Majorität und haben weder die See noch etwas Anderes räten können. Den Vorwurf könne man den Bautechnikern nicht ersparen, daß sie nicht zur rechten Zeit eine neue Kostenberechnung, einen den veränderten Zeitverhältnissen entsprechenden Wirtschaftsplan aufgestellt. Selbst eine Sättigung des Hauses wäre gerechtfertigt und billiger gewesen. Abg. Philipp: Es habe keine guten Folgen, wenn der Minister seine Beamten bis aufs Kleinstheire vertrete, selbst dann, wenn sie gelehrt hätten. Die Beamten verleihen sich in allen Hallen auf den starken Stühle. Er bleibt bei seiner Behauptung von der „totalen Unfähigkeit“, und tadeln die Kostenbilligkeit mancher Einrichtungen, wie manche Fächer so luxuriöß sie nicht möchten. Die Weisheit sage nicht in dem schönen Stuhle, auf dem der Professor sitze, sondern im Kopfe. Wenn der Bauverwalter, ein pensionirter Hauptmann, die Schuld an der Versäumung der Rechnungsabstellung trage, was er nicht glaube, so wolle das eine neue Warnung sein, Offiziäre in die Verwaltung zu nehmen. Minister von Rostig: Wenn nachgewiesen werde, daß Weinlig dies Recht verhindert hätte, werde er alle

werde, das Beamte ihre Würde vernachlässigen, werde er nichts zu strengster Verantwortung ziehen; so lange Beweise nicht vorliegen, sie schließen. Auch Abg. Günther erachtet die Ausführung des Baues im seinem Neubau und begreift nicht, wie Sachverständige günstig urtheilen können. Abg. Starke-Schmidlen. Die Neuerrichtung Philipp's über den Offiziersstand habe etwas Verlebendes für den heiden. Offiziere verabscheuen sich nicht um Stadtkämter, die sie nicht verstanden. Die Universalgenie seien sehr kann geschätzt, allein auch Abg. Philipp sei trotz seines guten Verstandes kein solches. Nach dem kurzen Schlusswort des Reiteren Wölfer, der das Extra-Honorar für den Bauteath Heyn als einen Abnahmefall bezeichnete, wurde bei der Abstimmung der Antrag der Minorität (Starke-Schmidlen und Staub) mit 47 gegen 21 Stimmen abgelehnt, der Majoritätsantrag mit 44 gegen 21 Stimmen angenommen. So ist also die Nachtragforderung für das Polytechnikum in Höhe von 474,000 fl. genehmigt, dagegen sind 6000 fl. Honorar für Bauteath Heyn abgelehnt.

corps in der Gegend nordwestlich von Ulm an den 11., 12. und 13. September abgehalten, und wird das XII. Armeecorps den angreifenden Feind darstellen. Dicsem gemeinschaftlichen Manöver der beiden Armeecorps geben spezielle jedes einzelnen